



Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Keine Kohle für die Kohle

Um Deutschland auf lange Sicht als Exportweltmeister zu halten, greift der deutsche Staat noch immer tief in die Kasse und sorgt dafür, dass andere Länder die Technologie „Made in Germany“ überhaupt bezahlen können. Diese Exportfinanzierung wird federführend über die KfW-Tochter IPEX im Zusammenspiel mit diversen privaten Banken eingefädelt. Dazu kommen Kreditabsicherungen im großen Stil über staatliche Hermes-Bürgschaften. Für die deutsche Industrie ist das ein attraktives Geschäft, verringert sich doch das Export-Risiko auf diese Weise erheblich.

Fragwürdig wird das Ganze jedoch, wenn man auf diese Weise nicht innovative und zukunftsweisende Technologien der Welt anbietet, sondern solche, die in Europa immer weniger Abnehmer finden, wie zum Beispiel Kohlekraftwerke. Im Gegensatz zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien verlieren Kohlekraftwerke im Zuge des Klimaschutzes immer mehr an Bedeutung. Denn über den Lebenszyklus neuer Kraftwerke von 40 bis 60 Jahren hat Kohlekraft keine wirtschaftliche Zukunft. Im Gegenteil: Die dezentrale Energiegewinnung durch Wasser, Wind und vor allem Sonne in den Entwicklungs- und Schwellenländern ist schon heute oftmals wesentlich attraktiver als zentrale Großkraftwerke herkömmlicher Energien.

Die Energieversorger in Asien und Afrika sind leider empfänglich für die Sonderangebote aus Deutschland. Sie entscheiden sich – durch attraktive Finanzierungsangebote geködert – für die scheinbar billigere Kohle-Lösung von heute; langfristig erkaufen sie sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ökonomische Probleme von morgen. Denn selbst wenn derzeit Kohle noch ein billiger Rohstoff ist, werden die wirklichen Folgekosten der CO₂-Emissionen in der Zukunft immer schwerwiegender. Deswegen war es folgerichtig, dass Umweltministerin Barbara Hendricks auf dem UN-Klimagipfel in New York verkündete, im Rahmen der entwicklungs- und klimapolitischen Zusammenarbeit klimaschädliche Projekte nicht mehr fördern zu wollen. Leider hat sie sich jedoch nicht durchsetzen können: Nahezu unbemerkt von der Öffentlich-

keit wurde kürzlich die Fortführung eben dieser Bürgschaften beschlossen.

Als Begründung wird angeführt, dass die neuen deutschen Kohlekraftwerke alte ineffiziente Kraftwerke ersetzen und dadurch die CO₂-Emissionen reduzieren würden. Das mag im naiven Ist-Vergleich hier und heute stimmen. Die neuen Kraftwerke stoßen über die Jahrzehnte hinweg unterm Strich dann doch mehr CO₂ aus, als wenn man die alten ineffizienten Kraftwerke in den nächsten Jahren abschalten und durch klimaneutrale Technologie ersetzen würde.

Nicht weniger als die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiewende steht nun auf dem Spiel: Deutschland will zeigen, dass die Energiewende funktioniert, mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien und vor allem mittelfristig immer weniger Kohlestrom. Kohlekraftwerke passen nicht in eine nachhaltige Energiewende, sie produzieren zu große Mengen Treibhausgas und sind zu unflexibel in der Kombination mit erneuerbaren Energien. Zu Recht fordern Länder wie die USA oder auch Großbritannien, man möge auf diese Art der finanziellen Bürgschaften doch bitte dauerhaft verzichten.

Die Energiewende bietet enorme Investitions- und Innovationschancen und somit wirtschaftliche Chancen für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze. Als Land der Ingenieure und technischen Innovationen und als Exportweltmeister könnten wir nicht nur andere für die ökonomischen und ökologischen Vorteile einer globalen Energiewende begeistern; wir könnten auch gleich die entsprechende Technik dafür liefern – wenn nötig mit den entsprechenden Krediten.

Das allerdings würde heißen: keine Kohle für die Kohle, stattdessen mehr Energie in die Erneuerbaren. Derlei wird sich politisch wie ökonomisch rentieren, wenn man endlich mal über den Tag hinaus denkt: Deutschland wäre dann nicht nur glaubwürdiger Musterschüler für mehr Klimaschutz und eine aktive Energiewende in der EU, sondern auch technologischer Spitzenreiter in der Welt. Schade, dass man auch diese Chance vertan hat.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden
Dr. Johannes Geyer

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.